

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10811, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 11 12 wird der Soll-Ansatz des Titels 685 11 „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ auf insgesamt 5,5 Mrd. Euro erhöht.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Wie in den vergangenen Jahren gehen die geplanten Haushaltskürzungen zulasten von Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehenden und Langzeitarbeitslosen. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden erneut Milliardenbeträge gekürzt, die sich zwischen 2011 und 2016 auf 36,5 Mrd. Euro aufsummieren.

Während der Entwurf des Bundeshaushalts noch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,6 Prozent für 2013 und einem konstanten durchschnittlichen Wachstum von 1,5 Prozent bis 2016 kalkuliert ist, zeichnet sich nunmehr ab, dass das Wachstum auf 1 Prozent im Jahr 2013 schrumpft. Im März 2012 wurde noch mit 2,64 Millionen Arbeitslosen gerechnet, jetzt ist von 2,9 Millionen Arbeitslosen die Rede. Eine ausreichende haushalterische Vorsorge mit Blick auf die sich verschlechternden Konjunkturaussichten findet in der Grundversicherung für Arbeitsuchende nicht statt. Die milliardenschweren Belastungen, die sich aus der schwächelnden Konjunktur für den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) ergeben, werden ebenfalls ignoriert. Für das aktuell disku-

tierte Kurzarbeitergeld hat die BA in den Krisenjahren 2009/2010 über 7,6 Mrd. Euro aufgewendet. Bei einer damals – politisch gewollt – hohen Rücklage der BA von 17 Mrd. Euro war das auch kein Problem. Heute fehlt eine solche Rücklage und die BA wird auch in den Folgejahren nicht in der Lage sein, eine solche aufzubauen.

An die Stelle einer kurzfristigen Politik muss eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik treten, die auf Bildung und Ausbildung setzt. Dies ist die beste Versicherung gegen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Aus- und Weiterbildung ist die wichtigste Ressource in Deutschland.

Auf die Kürzungen und Einschnitte in der Arbeitsmarktpolitik ist daher zu verzichten und es sind neue Schwerpunkte zu setzen. Die Erhöhung der finanziellen Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Umfang von 1,6 Mrd. Euro auf insgesamt 5,5 Mrd. Euro schlüsselt sich wie folgt auf:

- a) allgemeine Erhöhung der finanziellen Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Umfang von 1 Mrd. Euro;
- b) Auflegen eines Programms „2. Chance auf Berufsausbildung“ mit dem Ziel, allen Jugendlichen eine zweite Chance auf Ausbildung zu ermöglichen. Jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss muss eine Perspektive auf einen beruflichen Abschluss gegeben werden. Vor Ort müssen neue Ansätze erprobt werden, um Jugendlichen die Aufnahme einer Berufsausbildung und deren erfolgreichen Abschluss besser als bisher zu ermöglichen. Hierfür stehen im Jahr 2013 insgesamt 200 Mio. Euro bereit;
- c) Auflegen eines Programms „Qualifizierung für beruflichen Aufstieg“ mit dem Ziel, Menschen über 30 Jahre eine Chance auf beruflichen Aufstieg zu ermöglichen. Es sollen neuen Ideen entwickelt werden, um Menschen über 30 Jahre eine Chance zu geben, ihre berufliche Qualifikation aufzufrischen bzw. zu verbessern und einen ersten oder weiteren Berufsabschluss zu erlangen. Hierfür stehen im Jahr 2013 insgesamt 200 Mio. Euro zur Verfügung;
- d) Auflegen eines Programms „MigraPlus“. Für Migrantinnen und Migranten wird ein gesondertes Arbeitsmarktprogramm „Perspektive MigraPlus“ ähnlich dem erfolgreichen Programm „Perspektive 50Plus“ für Ältere aufgelegt. Ziel ist es, innovative Ansätze für bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen herauszuarbeiten und diese später im Rahmen einer Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente als Regelinstrumente zu etablieren. Im Jahr 2013 stehen hierfür 200 Mio. Euro bereit.